

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 179 (2013)
Heft: 10

Artikel: Rüstungsausgaben : wohin fliessen diese Mittel?
Autor: Müller, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-358175>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Rüstungsausgaben – wohin fließen die Mittel?

Jährlich fließen erhebliche Bundesgelder in die Rüstungsausgaben. Die Politik interessiert sich zunehmend für die Frage, wer hauptsächlich davon profitiert. Auf internationaler Ebene schneidet die Schweiz erstaunlich stark ab. Innerhalb unseres Landes bestehen jedoch beträchtliche regionale Unterschiede. Dies wirft Fragen auf: Weshalb bestehen diese Differenzen? Wie können sie allenfalls vermindert werden?

Peter Müller

Innerhalb des letzten Jahres wurden zahlreiche politische Vorstösse eingereicht, welche sich mit der regionalen Verteilung von öffentlichen Beschaffungsvorhaben des Bundes befassen. Stets stand die Sorge im Raum, die Gelder würden einseitig verteilt und fliessen überwiegend in Firmen in der Deutschschweiz oder gar ins Ausland. Grösstenteils standen zivile Güter und Dienstleistungen im Visier der Parlamentarier. Das Interesse der Öffentlichkeit ist verständlich: Ausgaben des Bundes sind Erträge für die Privatwirtschaft und die Regionen der Schweiz. Die Rüstungsausgaben wurden dabei bloss in einer einzigen Interpellation von Ständerat Fournier angesprochen; das Problem ist folglich überhaupt nicht rüstungsspezifisch. Aber es lohnt sich, diesen speziellen Beschaffungsbereich vertieft zu analysieren und auch bewusst hinter die publizierten Zahlen zu blicken. Die Ergebnisse sind teilweise überraschend, teilweise aber auch «logisch».

Rüstungsausgaben = Rüstungsprogramme?

Wenn über Rüstungsausgaben gesprochen wird, dann denkt die Mehrheit der Bevölkerung wohl fast automatisch an die jährlichen Rüstungsprogramme (RP): Diese werden im Parlament diskutiert, sie erlangen mediales Interesse, es handelt sich um Grossvorhaben und – die meisten dieser Güter und Systeme stammen aus dem Ausland (Pz 87 Leopard, F/A-18, Spz 2000, Helikopter EC-635, Luft-Luft-Lenk Waffen AMRAAM, neue Lastwagengeneration, Anflugleitsystem

MALS oder jetzt die geplante Beschaffung Gripen sind bloss einige ausgewählt Beispiele). Das Urteil ist dann jeweils rasch zur Hand: Die Gelder fließen ins Ausland, die Schweiz profitiert kaum von den Rüstungsausgaben. Stimmt diese weit verbreitete Sichtweise?

Die übrigen Rüstungsausgaben fristen eher ein Schattendasein, obwohl sie insgesamt den Betrag der Rüstungsprogramme um ein Mehrfaches übersteigen. Es sind vier Rüstungskredite, welche hier angesprochen werden: AEB (Ausrüstungs- und Erneuerungsbedarf), AMB (Ausbildungsmunition und Munitionsbewirtschaftung), EIB (Ersatzmaterial und Instandhaltung) sowie PEB (Projektionierung, Erprobung und Beschaffungsvorbereitung). Dabei bewahrheitet sich eine Faustregel: Ein einmal ausgebe-

ner Investitionsfranken (im Rahmen von Rüstungsprogrammen) verdoppelt oder verdreifacht sich auf dem gesamten Lebensweg des beschafften Gutes über seine Betriebs-, Instandhaltungs- und Erneuerungskosten. Fließen diese Gelder in die gleichen Länder und Regionen wie bei der Anfangsinvestition?

Schweiz profitiert stark

Die nachfolgend aufgeführten Beträge basieren auf den tatsächlich erfolgten Zahlungen (SAP-Auswertungen) während des angegebenen Zeitraums. Es handelt sich folglich nicht um die eingegangenen Verpflichtungskredite zum Zeitpunkt ihrer Bewilligung (z. B. RP-Beschluss im Parlament), bei denen nicht genau feststeht, wann die vertragliche Ver-

Abb. 1: Rüstungsausgaben

Rüstungsprogramme 2001–2012, internationale Verteilung

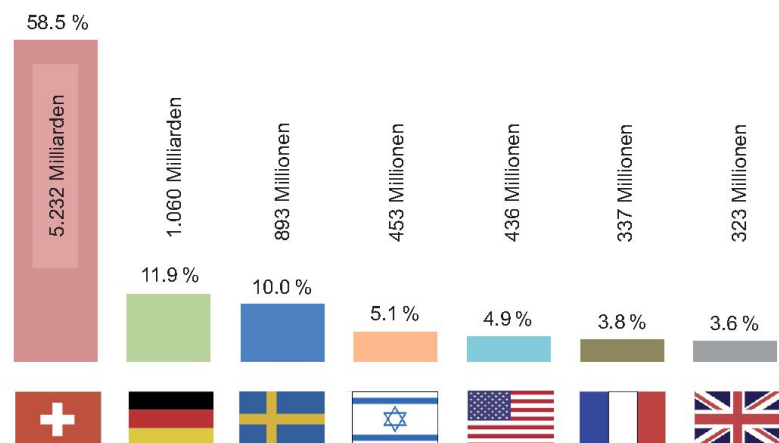
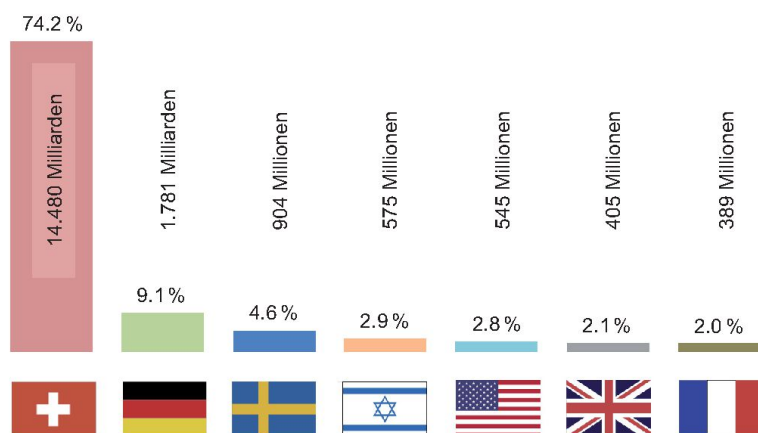


Abb. 2: Rüstungsausgaben

Alle Rüstungskredite 2001–2012, internationale Verteilung



pflichtung durch effektive Zahlungen abgelöst wird. Durch die Betrachtung eines Zeitraums von zwölf Jahren entstehen auch keine starken jährlichen Schwankungen durch einmalige Grossvorhaben in einzelnen Bewilligungsjahren. Die Beträge widerspiegeln folglich das, was die konkrete Unternehmung aktuell interessiert: Welche Geldbeträge wurden aufgrund des realen Geschäftsgangs in den betreffenden Jahren eingenommen?

Betrachtet man nur die RP-Vorhaben (siehe Abb. 1), so entfielen auf Unternehmen in der Schweiz während der vergangenen zwölf Jahre knapp 60 % aller Aus-

gaben. Aufgrund der einleitend genannten Überlegungen überrascht dieser hohe Wert zweifellos. Die übrigen Zahlungen verteilen sich auf nicht weniger als 37 verschiedene Länder: Deutschland ist nach der Schweiz das mit Abstand wichtigste Lieferland, gefolgt von Schweden, Israel, USA, Frankreich und Grossbritannien.

Erweitert man den Blick auf alle Rüstungsausgaben (RP, AEB, AMB, EIB und PEB; siehe Abb. 2), so steigt der Anteil der Schweiz auf knapp drei Viertel aller Zahlungen. Auf den folgenden Rängen finden sich die gleichen sechs Länder

wie bei den Rüstungsprogrammen. Zwei Erkenntnisse zeigen sich deutlich: Die Schweiz verfügt (mehrheitlich in Nischen des Rüstungsmarkts) durchaus über ein international konkurrenzfähiges Angebot. Und dank einer geschickten Industriebeteiligungspolitik bei der Bewilligung von Rüstungsprogrammen kann eine deutliche, langjährige Hebelwirkung zugunsten der Schweiz erzielt werden (namentlich im Instandhaltungs- und Werterhaltungsbereich). Erfreulich ist schliesslich auch, dass der Schweizer Anteil während der vergangenen Jahre langsam aber stetig angestiegen ist. Dies ist eine positive Kehrseite der aus Budgetgründen relativ bescheidenen Rüstungsprogramme während der letzten paar Jahre.

Ungleiche regionale Verteilung

Bei der Verteilung der Rüstungsausgaben innerhalb der Schweiz bestätigen sich hingegen die Vorwürfe verschiedener Parlamentarier: Wie bei den übrigen Bundesausgaben erhalten die einzelnen (Sprach-)Regionen nicht den ihrer Wirtschaftskraft an sich entsprechenden Anteil an den Rüstungsausgaben. Betrachtet man in einem ersten Schritt (siehe Abb. 3) wiederum nur die regionale Verteilung der Ausgaben aufgrund von Rüstungsprogrammen, so beläuft sich der Anteil der Deutschschweiz auf rund 99 %. Mit Abstand am meisten profitiert dabei der Kanton Bern mit rund 45 %, gefolgt von den Kantonen Zürich, Thurgau, Luzern und Aargau.

Bezogen auf die gesamten Rüstungsausgaben (RP, AEB, AMB, EIB und PEB; siehe Abb. 4) erhöht sich der Anteil der lateinischen Schweiz auf nach wie vor marginale 3 %. Der Hauptanteil entfällt wiederum auf die gleichen fünf Kantone Bern, Luzern, Zürich, Thurgau und Aargau, wobei die Bedeutung Berns deutlich abnimmt und jene Luzerns stark ansteigt. Aus diesen Zahlen wird insgesamt gut ersichtlich, wo die grossen Rüstungsfirmen (z.B. RUAG, Thales, Atos/Siemens, Rheinmetall, MOWAG/Bucher) in der Schweiz domiziliert sind. Und es zeigt sich noch fast deutlicher, welcher Stellenwert einer gezielten Industriebeteiligungspolitik zukommt (Beispiel Flugzeugunterhalt bei RUAG Aviation, Kanton Luzern). Aber: Die ungleiche Verteilung ist trotzdem zumindest erklärungsbedürftig!

Abb. 3: Rüstungsausgaben

Rüstungsprogramme 2001–2012, regionale Verteilung Schweiz

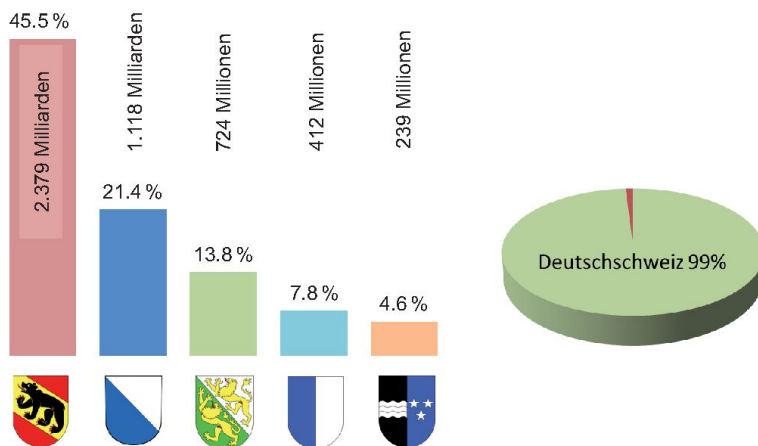
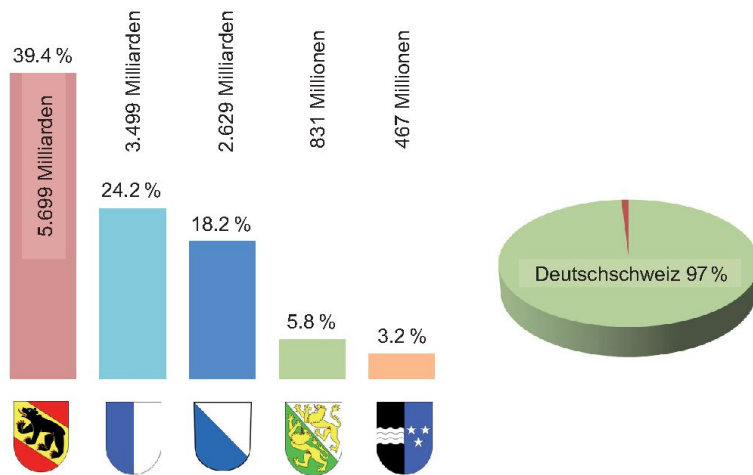


Abb.4: Rüstungsausgaben**Alle Rüstungskredite 2001–2012, regionale Verteilung Schweiz****Hinter die Zahlen blicken**

Die genannten Zahlen legen zweifellos Fakten auf den Tisch. Und trotzdem dürfen sie nicht undifferenziert kommentiert und unkritisch zur Kenntnis genommen werden. Denn: Die geleisteten Zahlungen klammern die Wertschöpfung der einzelnen Unternehmen aus. Und wir wissen auch nichts über die verschiedenen Sublieferanten und Unterakkordanten der betreffenden Firmen. Dazu sind leider keine Zahlenangaben verfügbar. Aus Gesprächen mit Vertretern der lateinischen Schweiz liegt jedoch die Vermutung nahe, dass Firmen aus diesen Regionen häufig als Sublieferanten von grösseren Rüstungsunternehmen tätig sind. Solche Geschäftsbeziehungen fehlen aus naheliegenden Gründen in den SAP-Zahlen der Verwaltung.

Ein anderer Aspekt wird ebenfalls ausgeklammert: Nach welchem Verfahren wurde das Rüstungsbeschaffungsprojekt ausgeschrieben? Gingen dabei tatsächlich Offerten aus der ganzen Schweiz ein? Und waren alle eingereichten Offerten gleichermassen wettbewerbs-, sprich konkurrenzfähig? Solche Fragen zeigen oftmals auf, dass die gefragten Kompetenzen – sofern überhaupt – gar nicht überall in der Schweiz in gleicher Ausprägung vorhanden sind oder dass Offertstellungen aus Sprachgründen unterblieben.

Schliesslich wird ein wesentlicher Aspekt oftmals übersehen: Das öffentliche

Beschaffungsrecht (BöB) verpflichtet die Verwaltung, bei vorgegebenen Eignungs- und Zuschlagskriterien das wirtschaftlich günstigste Angebot auszuwählen und alle Anbieter gleich zu behandeln. Beschaffungsentscheide dürfen deshalb nicht nach regions- oder kantonsspezifischen Kriterien erfolgen; die geografische Herkunft eines Angebots ist beschaffungsrechtlich kein Selektionskriterium.

**Erfolgsmeldungen
in andern Bereichen**

Wie soeben aufgezeigt: Die reinen Rüstungsausgaben decken nur einen (allerdings wesentlichen) Aspekt zur Beurteilung der regionalen Verteilung von Bundesausgaben ab. Nicht erfasst ist damit beispielsweise die regionale Verteilung der erfolgreich abgewickelten Kompensationsgeschäfte. Entsprechende Zahlen sind gegenwärtig im Aufbau begriffen. Erste provisorische Auswertungen zeigen jedoch, dass seit 2008 rund 22,5 % aller Kompensationsgeschäfte in der Welschschweiz und ca. 3,1 % im Tessin abgewickelt wurden. Diese Werte kommen zu den aufgezeigten Zahlungen gemäss SAP hinzu.

Ebenfalls nicht berücksichtigt sind die Zahlungen im militärischen Immobilienbereich für Planung, Bau und Unterhalt/Sanierung der rund 14 000 Objekte: Beispielsweise flossen während der letzten drei Jahre bei durchschnittlichen jährlichen Ausgaben von 340 Mio. CHF

im Mittel rund 17 % in die Welschschweiz und knapp 3 % ins Tessin. Oder anders ausgedrückt: Vom regionalen Investitionsvolumen verblieben 80–90 % in der betreffenden Region. Diese Werte haben zwar unmittelbar wenig mit den vorgenannten Rüstungsausgaben zu tun, sie stellen jedoch ebenfalls wesentliche militärische Ausgaben dar.

Schliesslich können auch die einzelnen Rüstungsausgaben weiter aufgeschlüsselt werden: Die lateinische Schweiz profitierte während der vergangenen zwölf Jahre relativ stark beim Ausrüstungs- und Erneuerungsbedarf AEB (ca. 7,5 % Anteil) sowie bei der Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorbereitung PEB (rund 8 % Anteil). Insgesamt bestärkt sich mit all diesen Zahlenwerten die indirekt gemachte Aussage: Liegt eine bestimmte Kompetenz in einem bestimmten Landesteil vor und wird ein wettbewerbsfähiges Angebot unterbreitet, so können die einzelnen Regionen teilweise durchaus nahe ihrer Wirtschaftskraft von den Ausgaben des Bundes profitieren.

**Noch bessere Klarheit
verschaffen**

Auch wenn relativ klare Gründe für die heutige regionale Verteilung der öffentlichen Beschaffungsvorhaben des Bundes vorliegen, so sind sie doch nicht eindeutig zuzuordnen. Der Bundesrat ist sich der politischen Bedeutung dieser Frage durchaus bewusst. Er hat deshalb – ausgelöst durch die Vorstösse zu zivilen Beschaffungen – der Beschaffungskonferenz des Bundes den Auftrag erteilt, eine gesamtheitliche Analyse des Sachverhalts vorzunehmen und ihm bis Ende 2013 Bericht zu erstatten. In einem zweiten Schritt wird dann der Bundesrat allfällige Massnahmen zur Verbesserung der aktuellen Situation prüfen. Es bleibt vorläufig der Wunsch im Raum, nicht einzelne Zahlenwerte isoliert zu kommentieren, sondern nach verschiedenen weiteren Aspekten differenziert zu beurteilen. ■



Major aD
Peter Müller
Dr. rer. pol.
armasuisse,
Leiter Politische Geschäfte
3035 Frieswil